

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 40 | 08.10.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmüller | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 420/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **2. C-RisikostufenVO für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten sowie die Forstfachschule** des Bundes erlassen und die 1. C-RisikostufenVO für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten geändert wird

### [BGBl II 425/2021 \(Anlagen\)](#)

Meldeverordnung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Erfassung von Daten zur Erstellung von Gewerbeimmobilienpreis-, Gewerbeimmobilienmiet- und Gewerbeimmobilienmietrenditeindizes (**Meldeverordnung GIMPI 2022**)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 349 v 04.10.2021, 19](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1752 der Kommission vom 1. Oktober 2021 mit Vorschriften für die Anwendung der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die **Berechnung, die Überprüfung und die Übermittlung von Daten** über die getrennte Sammlung zu entsorgender **Einweggetränkeflaschen aus Kunststoff**

### [ABI L 350 v 04.10.2021, 9](#)

Empfehlung (EU) 2021/1749 der Kommission vom 28. September 2021 zum Thema „**Energieeffizienz an erster Stelle**: von den Grundsätzen zur Praxis“ — **Leitlinien und Beispiele zur Umsetzung** bei der Entscheidungsfindung im Energiesektor und darüber hinaus

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.09.2021, [E 3047/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative

#### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

09.08.2021, [Ra 2019/04/0106](#)

**DatenschutzG**; der Sbg Landesgesetzgeber hat nicht ausdrücklich geregelt, wem die **Anonymisierung** zu veröffentlichender Entscheidungen des Sbg LVwG obliegt; die Entscheidung, welche personenbezogenen Daten in gerichtlichen Entscheidungen zu anonymisieren sind, ohne den Sinngehalt des Entscheidungstexts wesentlich zu verändern, vermag am ehesten das Entscheidungsorgan zu treffen; der VwGH kam daher zum Ergebnis, dass die Anonymisierung der den Bf betreffenden Entscheidung des Sbg LVwG zum Zweck der Veröffentlichung einen **Akt der Rspr** darstellt, für den die DSB nicht zuständig ist

#### C. VERWALTUNGSGERICHTE

**BVwG 18.06.2021**, [W225 2144678-2](#)

**UVP-G**; bei **UVP-Feststellungsverfahren** ist bei der Beurteilung der Wille des Projektwerbers ein Vorhaben in einer gewissen Weise auszuführen maßgeblich, zumal bei Wegfall eines derartigen „**Verwirklichungswillens**“ auch die Voraussetzung zur Erlassung eines auf § 3 Abs 7 UVP-G basierenden Feststellungsbescheids wegfällt; ähnliches ist auch für UVP-Genehmigungsverfahren anzunehmen, da in beiden Verfahren Sachverständigengutachten einzuholen sind; wenngleich ein „Errichtungswille“ regelmäßig in der Einbringung eines Genehmigungsantrags zum Ausdruck gebracht wird, ist ein solcher im Falle mehrerer Anträge auf Genehmigung von Vorhaben, die einander hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit wechselseitig ausschließen nicht von vornherein als gegeben zu erachten; vielmehr wird in solchen Fällen anhand der näheren Umstände im Einzelfall zu beurteilen sein, welches der beantragten Vorhaben dem tatsächlichen „Errichtungswillen“ des Projektwerbers entspricht

**BVwG 23.04.2021**, [W211 2228343-1](#)

**DSGVO**; wesentliches Merkmal einer elektronischen Signatur ist es, dass die Identität der natürlichen Person im Zuge der Ausstellung des Zertifikats von einer Zertifizierungsstelle geprüft werde; angesichts der Tatsache, dass die mitbeteiligte Partei neben einer qualifizierten elektronischen Signatur auch ihre Adresse und Emailadresse angegeben habe, wäre es dem Bf ohne Probleme möglich gewesen, den Auskunftswerber **zweifelsfrei zu identifizieren**; darüber hinaus setzt die zusätzliche Anforderung von Informationen begründete Zweifel an der Identität des Antragstellers voraus

**LVwG OÖ 16.08.2021**, [LVwG-751528/2/SB](#)

**EpidemieG**; **AVG**; das von der Bf übermittelte Anbringen enthält eine Vielzahl von namentlich aufgelisteten Mitarbeitern, es wird ausdrücklich auf die schnellstmögliche Nachreichung des ausführlichen Antrags hingewiesen und um Übermittlung des aktuellen **Antragsformulars zur Vergütung** gem § 32 EpidemieG gebeten; damit übermittelte diese ein bewusst mangelhaftes Anbringen, um so die gesetzlich festgelegte Antragsfrist zu prolongieren, weshalb dieses Anbringen keinem Verbesserungsauftrag zugänglich war; am 15.03.2021 stellte die Bf sodann bei der Behörde den Antrag auf Vergütung nach § 32 leg cit; da dieser Antrag jedenfalls nicht binnen drei Monaten vom Tag der Aufhebung der behördlichen Maßnahme bei der Behörde einlangte, ist der Anspruch auf Vergütung für die Entgeltfortzahlung ihres Mitarbeiters somit iSd § 49 Abs 1 iVm § 33 leg cit erloschen

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [06.10.2021, Rs C-50/19 P, Sigma Alimentos Exterior/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, verb Rs C-51/19 P u C-64/19 P, World Duty Free Group/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, Rs C-52/19 P, Banco Santander/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, Rs C-53/19 P u C-65/19 P, Banco Santander und Santusa/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, Rs C-54/19 P, Axa Mediterranean/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, Rs C-55/19 P, Prosegur Compañía de Seguridad/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Steuerregelung – **Bestimmungen zur Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem außerhalb dieses Mitgliedstaats steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – **Begriff der staatlichen Beihilfe** – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bezugssystem – Abweichung – Ungleichbehandlung – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung

#### [06.10.2021, verb Rs C-174/19 P u C-175/19 P, Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Nichtigkeitsklage – Staatliche Beihilfen – Öffentliche Finanzierung der festen **Querung über den Fehmarnbelt für den Schienen- und Straßenverkehr** – Einzelbeihilfen – Angemeldete Beihilfen, die für **mit dem Binnenmarkt vereinbar** erklärt wurden – Verwirklichung eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse – Entscheidung, keine Einwendungen zu erheben – Monopol – Verfälschung des Wettbewerbs und Beeinträchtigung des Handels

#### [06.10.2021, Rs C-458/19 P, ClientEarth/Kommission](#)

**Rechtsmittel** – Nichtigkeitsklage – Durchführungsbeschluss C(2016) 3549 final der Kommission – **Zulassung für Verwendungen von Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)** – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 – Art 60 und 62 – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Antrag auf interne Überprüfung – Beschluss C(2016) 8454 final der Kommission – Zurückweisung des Antrags

#### [06.10.2021, Rs C-487/19, W Ż \(\) und des affaires publiques de la Cour suprême – nomination](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstaatlichkeit – Wirksamer Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – **Grundsätze der Unabsetzbarkeit der Richter** und der richterlichen Unabhängigkeit – **Nicht einvernehmliche Versetzung** eines Richters eines ordentlichen Gerichts – Rechtsbehelf – Unzulässigkeitsbeschluss eines Richters des Sąd Najwyższy (Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych) (Oberstes Gericht [Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten], Polen) – Richter, der auf der Grundlage einer Entschließung des Landesjustizrats vom Präsidenten der Republik Polen trotz einer Gerichtsentscheidung ernannt wurde, mit der die **Aussetzung der Vollziehung dieser Entschließung** in Erwartung eines Vorabentscheidungsurteils des Gerichtshofs angeordnet worden war – Richter, der kein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht ist – **Vorrang des Unionsrechts** – Möglichkeit, einen solchen Unzulässigkeitsbeschluss als nicht existent anzusehen

#### [06.10.2021, Rs C-538/19, Casa Națională de Asigurări de Sănătate und Casa de Asigurări de Sănătate Constanta](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – **Krankenversicherung** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 20 Abs 1 und 2 – Medizinische Versorgung, die der Versicherte in einem anderen Mitgliedstaat als seinem Wohnmitgliedstaat erhalten hat – **Vorherige Genehmigung** – Voraussetzungen – Erfordernis eines eine Behandlung verordnenden Berichts, der von einem Arzt ausgestellt wurde, der dem nationalen öffentlichen Krankenversicherungssystem angehört – **Verordnung einer alternativen Behandlung**, die den Vorteil bietet, dass sie keine Behinderung verursacht, im Rahmen einer zweiten ärztlichen Stellungnahme, die **in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnmitgliedstaat** des Versicherten ausgestellt wird – Vollständige Erstattung der Arztkosten für diese alternative Behandlung – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV

#### [06.10.2021, Rs C-544/19, ECOTEX BULGARIA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Richtlinie (EU) 2015/849 – Geltungsbereich – Nationale Regelung, nach der **Zahlungen, die einen bestimmten Betrag überschreiten**, ausschließlich durch Überweisung oder durch Einlage auf einem Zahlungskonto getätigt werden müssen – Art 65 AEUV – Rechtfertigung – **Bekämpfung von Steuerrückzahlung und -umgehung** – Verhältnismäßigkeit – Verwaltungssanktionen mit strafrechtlichem Charakter – Art 49 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen

#### [06.10.2021, Rs C-561/19, Consorzio Italian Management e Catania Multiservizi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – **Umfang der Vorlagepflicht** der in letzter Instanz entscheidenden einzelstaatlichen Gerichte – **Ausnahmen von dieser Pflicht** – Kriterien – Frage nach der Auslegung des Unionsrechts, die von den Parteien des nationalen Verfahrens gestellt wird, nachdem der Gerichtshof in diesem Verfahren ein Vorabentscheidungsurteil erlassen hat – Keine Angabe der Gründe, aus denen sich die **Notwendigkeit einer Antwort auf die Vorlagefragen** ergibt – Teilweise Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens

#### [06.10.2021, Rs C-598/19, Conacee](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Auftragsvergabe – Richtlinie 2014/24/EU – Art 20 – **Vorbehaltene Aufträge** – Nationale Rechtsvorschriften, die das Recht zur Teilnahme an bestimmten Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge **besonderen Beschäftigungszentren in sozialer Trägerschaft** vorbehalten – Zusätzliche, nicht in der Richtlinie vorgesehene Voraussetzungen – Grundsätze der Gleichbehandlung und der Verhältnismäßigkeit

#### [06.10.2021, Rs C-717/19, Boehringer Ingelheim](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 90 Abs 1 – **Verminderung der Steuerbemessungsgrundlage** im Fall eines **Preisnachlasses nach Bewirkung des Umsatzes** – Zahlungen, die ein pharmazeutisches Unternehmen an den staatlichen Krankenversicherungsträger leistet – Art 273 – In der nationalen Regelung für die **Ausübung des Minderungsrechts** vorgesehene Verwaltungsformalitäten – Grundsätze der steuerlichen Neutralität und der Verhältnismäßigkeit

#### [06.10.2021, Rs C-882/19, Sumal](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Ersatz des durch ein nach Art 101 AEUV verbotenes Verhalten verursachten Schadens – Bestimmung der ersatzpflichtigen Einheiten – **Schadensersatzklage gegen die Tochtergesellschaft**, die im Anschluss an einen Beschluss erhoben wird, in dem nur die Beteiligung der Muttergesellschaft an einem Kartell festgestellt wurde – **Begriff ‚Unternehmen‘** – Begriff ‚wirtschaftliche Einheit‘

#### [06.10.2021, Rs C-13/20, Top System](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – **Rechtsschutz von Computerprogrammen** – Richtlinie 91/250/EWG – Art 5 – **Ausnahmen von den zustimmungsbedürftigen Handlungen** – Handlungen, die zur Fehlerberichtigung durch den rechtmäßigen Erwerber notwendig sind – Begriff – Art 6 – **Dekompilierung** – Voraussetzungen

#### [06.10.2021, Rs C-35/20, A \(Franchissement de frontières en navire de plaisance\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Recht der Unionsbürger, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen – Art 21 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Art 4 und 5 – **Verpflichtung, einen Personalausweis oder Reisepass mitzuführen** – Verordnung (EG) Nr 562/2006 (**Schengener Grenzkodex**) – Anhang VI – Überschreiten der Seegrenze eines Mitgliedstaats an Bord eines Vergnügungsboots – Vorschriften über Sanktionen im Fall des Verkehrs zwischen Mitgliedstaaten ohne Personalausweis oder Reisepass – **Strafrechtliche Regelung der Tagessätze** – Berechnung der Geldstrafe auf der Grundlage des durchschnittlichen Monatseinkommens des Täters – Verhältnismäßigkeit – Strafmaß im Verhältnis zur Straftat

#### [06.10.2021, Rs C-119/20, Lauku atbalsta dienests \(Aides au démarrage d'entreprises agricoles\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik – **Finanzierung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Nationales Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014-2020 – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – Art 19 Abs 1 Buchst a – **Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte** – Beihilfe für die Entwicklung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe – **Kumulierung von Beihilfen** – Möglichkeit, die Kumulierung zu versagen

#### [06.10.2021, Rs C-136/20, LU \(Recouvrement d'amendes de circulation routière\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – **Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen** – Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung – Art 5 Abs 1 – Straftaten und Verwaltungsübertretungen (**Ordnungswidrigkeiten**), die auch ohne Überprüfung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit zur Anerkennung und Vollstreckung von Sanktionsentscheidungen führen – Art 5 Abs 3 – Straftaten und Verwaltungsübertretungen (Ordnungswidrigkeiten), bei denen der Mitgliedstaat die Anerkennung und Vollstreckung von Sanktionsentscheidungen vom Vorliegen der beiderseitigen Strafbarkeit abhängig machen kann – **Überprüfung der rechtlichen Einordnung** der Zuwiderhandlung durch den Entscheidungsmitgliedstaat in der der Sanktionsentscheidung beigefügten Bescheinigung durch den Vollstreckungsmitgliedstaat

#### [06.10.2021, Rs C-272/20 P, Veit/EZB](#)

**Rechtsmittel** – Öffentlicher Dienst – Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank (EZB) – **Dienstbezüge** – Auswahlverfahren – **Gleichbehandlung von internen und externen Bewerbern** – Eingruppierung in eine Gehaltsstufe

#### [06.10.2021, Rs C-338/20, Prokuratura Rejonowa Łódź-Bałuty](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Gegenseitige Anerkennung – Geldstrafen und Geldbußen – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – **Gründe für die Versagung der Anerkennung** oder der **Vollstreckung** – Art 20 Abs 3 – Entscheidung über die **Verhängung einer Geldbuße** – Wahrung der Verteidigungsrechte – Zustellung von Dokumenten in einer Sprache, die die Person, gegen die die Sanktion verhängt wurde, nicht versteht – **Übersetzung der wesentlichen Bestandteile** der Entscheidung

#### [06.10.2021, Rs C-408/20 P, Poggiolini/Parlament](#)

**Rechtsmittel** – Institutionelles Recht – **Einheitliches Statut des Europaabgeordneten** – In italienischen Wahlkreisen gewählte Europaabgeordnete – Änderung der **Ruhegehaltsansprüche** – Beschwerende Maßnahme – Vorläufiger Standpunkt – Eigenständige Rechtswirkungen

[06.10.2021, Rs C-431/20 P, Tognoli ua/Parlament](#)

**Rechtsmittel** – Institutionelles Recht – **Einheitliches Statut des Europaabgeordneten** – In italienischen Wahlkreisen gewählte Europaabgeordnete – Änderung der **Ruhegehaltsansprüche** – Beschwerdende Maßnahme – Vorläufiger Standpunkt – Eigenständige Rechtswirkungen

[06.10.2021, Rs C-581/20, TOTO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 1 Abs 1 – Zivil- und Handelssachen – Art 35 – **Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen** – Rechtsbehelf, der auf einen zwischen einer öffentlichen Einrichtung und zwei privatrechtlichen Gesellschaften geschlossenen Vertrag über den **Bau einer öffentlichen Schnellstraße** gestützt ist – Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz betreffend die Strafzahlungen und Garantien, die sich aus dem Vertrag ergeben – Im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes bereits ergangene Entscheidung des in der Hauptsache zuständigen nationalen Gerichts

[06.10.2021, Rs C-613/20, Eurowings](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – Gemeinsame Regelung für **Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste** bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Befreiung von der Ausgleichspflicht – **Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘** – Streik der Belegschaft des Luftfahrtunternehmens – **Streik der Belegschaft** einer Tochtergesellschaft aus Solidarität mit der Belegschaft der Muttergesellschaft

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

[06.10.2021, Rs C-245/20, Autoriteit Persoonsgegevens \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde – Von Gerichten im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit vorgenommene Verarbeitungen – **Weitergabe von Verfahrensunterlagen an Journalisten**

[06.10.2021, Rs C-342/20, Veronsaajien oikeudenvallvontayksikkö \(Exonération des fonds d'investissement contractuels\) \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Steuerrecht – **Besteuerung der Einkünfte juristischer Personen** – Investmentfonds – **Steuerlich transparente Einheit** – Hybride Einheit – Investitionen in Immobilien und/oder Immobiliengesellschaften in einem anderen Mitgliedstaat – Mechanismus der steuerlichen Transparenz – Erfordernis der Vertragsform – **Ausschluss von in statutarischer Form errichteten Investmentfonds** – Beschränkung – Vergleichbarkeit – Rechtfertigung – Fehlen

[06.10.2021, Rs C-348/20 P, Nord Stream 2/Parlament und Rat \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – Energie – **Erdgasbinnenmarkt** – Richtlinie (EU) 2019/692 – Anwendung der Richtlinie 2009/73/EG auf **Gasleitungen aus oder nach Drittländern** – Art 263 Abs 4 AEUV – **Klagebefugnis von Einzelpersonen** – Unmittelbare Betroffenheit – Individuelle Betroffenheit – Regeln für die Vorlage von Beweisen im Verfahren vor den Unionsgerichten – Zulässigkeit interner Dokumente der Unionsorgane

[06.10.2021, verb Rs C-368/20 u C-369/20, Landespolizeidirektion Steiermark \(Durée maximale du contrôle aux frontières intérieures\) \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Schengener Grenzkodex** – Verordnung (EU) 2016/399 – Art 25 – Vorübergehende Wiedereinführung von **Kontrollen an den Binnengrenzen** – Nationale Regelung, die **mehrere aufeinanderfolgende Kontrollzeiträume** vorsieht – Verhältnismäßigkeit – Art 72 AEUV – Freizügigkeit – Art 4 Abs 2 EUV

[06.10.2021, Rs C-451/20, Airhelp \(Retard de vol de réacheminement\) \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Ausgleichsleistungen für Fluggäste bei Annullierung** oder großer Verspätung von Flügen – **Einheitliche Buchung bei einem Luftfahrtunternehmen** der Gemeinschaft – **Aus zwei Flügen bestehende Flugverbindung** mit erstem Abflugort und Endziel jeweils in einem Drittstaat – An-

kunftsart des ersten und Abflugort des zweiten Fluges jeweils in einem Mitgliedstaat – Art 3 Abs 1 Buchst a und b – Anwendungsbereich – Art 5 Abs 1 Buchst c – Angebot anderweitiger Beförderung – **Verspäteter Alternativflug** – Tatsächliche Ankunftszeit am Endziel – Verpflichtungen des ausführenden Luftfahrtunternehmens – Art 7 Abs 1 – Ausgleichsanspruch

## **C. GERICHT**

### [29.09.2021, Rs T-167/19, Tempus Energy Germany und T Energy Sweden/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Polnischer Strommarkt** – Kapazitätsmechanismus – Entscheidung, keine Einwände zu erheben – Beihilferegulation – Art 108 Abs 2 und 3 AEUV – Begriff der Bedenken – Art 4 Abs 3 und 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 – **Ernsthafte Schwierigkeiten** – Art 107 Abs 3 Buchst c AEUV – **Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020** – Verfahrensrechte der Beteiligten – Begründungspflicht

### [06.10.2021, Rs T-745/18, Covestro Deutschland/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Beihilferegulation Deutschlands zugunsten bestimmter **stromintensiver Unternehmen** – **Netzentgeltbefreiung für den Zeitraum 2012-2013** – Beschluss, mit dem die Beihilferegulation für **mit dem Binnenmarkt unvereinbar** und rechtswidrig erklärt und die Rückforderung der gewährten Beihilfen angeordnet wird – Nichtigkeitsklage – Klagefrist – Zulässigkeit – Begriff der Beihilfe – Staatliche Mittel – Gleichbehandlung – Vertrauensschutz

### [06.10.2021, Rs T-196/19, AZ/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Beihilferegulation Deutschlands zugunsten bestimmter **stromintensiver Unternehmen** – **Netzentgeltbefreiung für den Zeitraum 2012-2013** – Beschluss, mit dem die Beihilferegulation für **mit dem Binnenmarkt unvereinbar** und rechtswidrig erklärt und die Rückforderung der gewährten Beihilfen angeordnet wird – Nichtigkeitsklage – Klagefrist – Zulässigkeit – Begriff der Beihilfe – Staatliche Mittel – **Selektivität** – Gleichbehandlung – Vertrauensschutz

### [29.09.2021, verb Rs T-233/19 u T-234/19, Infineon Technologies Dresden/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Beihilferegulation Deutschlands zugunsten bestimmter **stromintensiver Unternehmen** – **Netzentgeltbefreiung für den Zeitraum 2012-2013** – Beschluss, mit dem die Beihilferegulation für **mit dem Binnenmarkt unvereinbar** und rechtswidrig erklärt und die Rückforderung der gewährten Beihilfen angeordnet wird – Nichtigkeitsklage – Klagefrist – Zulässigkeit – Begriff der Beihilfe – Staatliche Mittel

### [29.09.2021, Rs T-238/19, Wepa Hygieneprodukte ua/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Beihilferegulation Deutschlands zugunsten bestimmter **stromintensiver Unternehmen** – **Netzentgeltbefreiung für den Zeitraum 2012-2013** – Beschluss, mit dem die Beihilferegulation für **mit dem Binnenmarkt unvereinbar** und rechtswidrig erklärt und die Rückforderung der gewährten Beihilfen angeordnet wird – Nichtigkeitsklage – Klagefrist – Zulässigkeit – Begriff der Beihilfe – Staatliche Mittel – Selektivität

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 82/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 90/2021</a> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 100/2021</a> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 105/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 143/2021</a> , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

## **B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19**

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 184/2021</a> : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

## **C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG**

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
---	------------	------------

107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

#### **D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe**

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

#### **E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG**

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl. II 314/2021</a> , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	<i>Keine Angabe</i>

## **F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)**

### **COVID-19-SchutzmaßnahmenVO**

### **(COVID-19-SchuMaV)**

### **COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)**

<b>COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV</b>		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b> ), <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a></li> </ul> VfGH: <a href="#">BGBl II 484/2020</a> : VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 <a href="#">BGBl II 488/2020</a> : VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 <a href="#">BGBl II 492/2020</a> : VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020 <a href="#">BGBl II 318/2021</a> : VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021 <a href="#">BGBl II 359/2021</a> : VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBl II 207/2020</a> , ausgegeben am 13.05.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 485/2020</a> : VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft <a href="#">BGBl II 360/2021</a> : VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021	15.05.2020	<i>unverändert</i>
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 231/2020</a> , ausgegeben am 27.05.2020 VfGH:	29.05.2020	31.08.2020  § 9 (2) entfällt mit

<p><a href="#">BGBI II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>		Ablauf 30.06.2020
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 239/2020</a> , ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	<i>unverändert</i>
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 246/2020</a> , ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	<i>unverändert</i>
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>5. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 266/2020</a> , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 146/2021</a> : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>6. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 287/2020</a> , ausgegeben am 29.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 358/2021</a> : VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>7. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 299/2020</a> , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>8. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 332/2020</a> , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>9. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 342/2020</a> , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: <a href="#">BGBI II 146/2021</a> : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>10. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 398/2020</a> , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>11. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 407/2020</a> , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
<b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b>		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBI II 412/2020</a> , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der

		nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 446/2020</a> , ausgegeben am 15.10.2020  <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020  § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 455/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020  <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.  § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.  § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020  §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020  §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 456/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020  <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b> 03.11.2020 außer Kraft.
<b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b>		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 463/2020</a> , ausgegeben am 01.11.2020  <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020  <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a> , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a> , ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 544/2020</a> , ausgegeben am 04.12.2020	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020

		16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <b>18. Dezember 2020</b> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</li> <li>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</li> </ol>	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p><del>26.12.2020</del></p> <p>§ 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a>, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II Nr. 361/2021</a>: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 58/2021</a>, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 76/2021</a>, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 94/2021</a>, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 105/2021</a>, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>

<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 111/2021</a>, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021 <del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del></p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 120/2021</a>, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 139/2021</a>, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 147/2021</a>, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a>, ausgegeben am 09.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p>	<p><i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021</p>
<p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 171/2021</a>, ausgegeben am 16.04.2021</p>	<p>19.04.2021</p>	<p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p>
<p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 181/2021</a>, ausgegeben am 23.04.2021</p> <p>Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p>	<p>26.04.2021</p>	<p>05.05.2021 <del>§2 mit Ablauf des 28.04.2021</del> §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p>

206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 206/2021</a> , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 221/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 528/2020</a> , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

## **G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)**

### **2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV**

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – <b>COVID-19-ÖV</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -&gt; mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 223/2021</a> , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 242/2021</a> , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 247/2021</a> , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	<i>unverändert</i>
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 256/2021</a> , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
<b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung – 2. COVID-19-ÖV</b>		
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie ( <b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ) erlassen wird, <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 §§ 12 – 16 28.07.2021
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden ( <b>2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 321/2021</a> , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 328/2021</a> , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>

366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 366/2021</a> , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021 § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	<i>unverändert</i>
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 367/2021</a>	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 385/2021</a>	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 394/2021</a>  <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	<i>unverändert</i>
<b>2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV</b>		
396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19- MV), geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 396/2021</a>	15.09.2021	<i>unverändert</i>

## H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV</b> ), <a href="#">BGBl II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Masar.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.